

Eine Abfuhr.

Die Regierung der Ver. Staaten hat bekanntlich die U-Boot-Note des Viererbundes, die sich gegen den Verkehr der deutschen U-Boote in neutralen Häfen wandte, abgelehnt. Die diesbezügliche amerikanische Denkschrift ist jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden. In dem dementsprechenden Schriftstück heißt es:

Die Regierung der Ver. Staaten hat gleichlautende Denkschriften von den Regierungen Frankreichs, Englands, Russlands und Japans erhalten, in denen die neutralen Regierungen ersucht werden, wirksame Maßregeln zu ergreifen, um Unterseeboote der Kriegführenden, ohne Rücksicht auf ihren Verwendungszweck, daran zu verhindern, neutrale Gewässer, Unterflüsse oder Häfen zu benutzen. Diese Regierungen weisen auf die Leichtigkeit hin, mit der sich solche Fahrzeuge der Überwachung, der Durchsichtung und der Feststellung ihrer Nationalität und ihrer Weisensart entziehen können, und auf ihre Fähigkeit, „Schaden anzurichten, wie es in ihrer Natur liegt“, wie auch auf die „besonderen Erleichterungen“, die ihnen gewährt werden, wenn sie Plätze zur Verfügung haben, an denen sie sich aufhalten und ihre Vorräte ergänzen können. Offenbar auf Grund dieser Feststellungen sind die Regierungen der Verbündeten der Meinung, „daß Unterseeboote vom Genuß der bisher völkerrechtlich anerkannten Regeln über den Aufenthalt von Handels- oder Kriegsschiffen in neutralen Gewässern, Unterflüssen oder Häfen ausgeschlossen werden sollten. Jedes Unterseeboot eines Kriegführenden Staates, das einmal einen neutralen Hafen anläuft, sollte dort festgehalten werden“, und deshalb „warnen die Regierungen der Verbündeten die Neutralen vor der großen Gefahr des Fahrens neutraler Unterseeboote in Gewässern, die von Unterseebooten der Kriegführenden besucht werden“.

In Erwiderung hierauf muß die Regierung der Ver. Staaten ihrem Erlaunen Ausdruck geben, daß es das Bemühen der Regierungen der Verbündeten zu sein scheint, für die neutralen Regierungen Regeln für das, was sie „eine neue Lage“ in bezug auf den Gebrauch von Unterseebooten nennen, aufzustellen und die Anwendung dieser Regeln, oder wenigstens eines Teiles davon, zu erzwingen, indem sie die neutralen Mächte von der großen Gefahr für ihre Unterseeboote in Gewässern, die von Unterseebooten der Kriegführenden besucht werden könnten, warnen. Nach der Meinung der Regierung der Ver. Staaten haben die verbündeten Mächte, betreffend den Gebrauch von Handels- und Kriegsunterseebooten, nichts vorgebracht, noch kann die Regierung der Ver. Staaten einen Anlaß sehen, durch den die bestehenden Regeln des Völkerrechts auf diese nicht anwendbar würden.

Angesichts dieser Tatsache sowie der Mitteilung und der Warnung der Mächte, die in ihrer Denkschrift ausgesprochen und in Erwägung gezogen ist, sieht sich die Regierung der Ver. Staaten gezwungen, den Regierungen von Frankreich, England, Rußland und Japan mitzuteilen, daß, was die Behandlung von Handels- oder Kriegsunterseebooten in amerikanischen Gewässern betrifft, die Regierung der Ver. Staaten ihre Handlungsfreiheit in jeder Beziehung sich vorbehält und solche Fahrzeuge so behandeln wird, wie nach ihrer Meinung das Verhalten einer Macht zu sein hat, von der gesagt werden kann, daß sie die ersten Schritte zur Festlegung der Grundsätze der Neutralität getan hat, und die mehr als ein Jahrhundert lang diese Grundsätze in überlieferter Geistesform mit hohem Sinn für Unparteilichkeit aufrechterhalten hat, aus dem heraus sie entstanden sind.

Damit aber kein Mißverständnis über die Haltung der Ver. Staaten bestünde, teilt die Regierung der Ver. Staaten den verbündeten Mächten mit, daß sie es für die Pflicht der Kriegführenden Mächte hält, zwischen Unterseebooten neutraler und Kriegführender Nationalität zu unterscheiden, und daß die Verantwortung für jeden Zwischenfall, der zwischen Kriegsschiffen der Kriegführenden und neutralen Unterseebooten infolge der Außerachtlassung solcher Unterscheidung zwischen diesen Arten von Unter-

seebooten entstehen kann, völlig auf den Kriegführenden verbleiben dürfte.

Amerika lehnt also mit allem Nachdruck die englische Zumutung ab, die „Unbequemlichkeit“ der deutschen U-Boote für England zu beiseitigen. Die übrigen Neutralen verhalten sich ebenso und nur Norwegen hat seine Gewässer bekanntlich den U-Booten geschlossen. So hat denn endlich England einmal in seinem Jhmismus und seiner Gleichgültigkeit gegen das Völkerrecht Widerstand gefunden. Es muß sich weiter mit der Pest der deutschen U-Boote plagen und kann nicht durch einen einfachen Machtpruch, wie bisher in so vielen Fällen, das Völkerrecht außer Kraft setzen. Der U-Bootkrieg geht weiter. Aber selbst wenn England auch durchgedrungen wäre oder noch hier und da bei einem Neutralen durchbringen sollte: Deutschland ist nicht zu entmutigen.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Kein Mittel gegen den Unterseebootkrieg.

Die große Beunruhigung, die die verstärkte Tätigkeit der deutschen Tauchboote in Marinetreiben des Viererbundes hervorruft, findet in einem sachmännlichen Artikel im Pariser „Mappel“ Ausdruck. Darin wird gesagt, die jüngsten Erfahrungen hätten bewiesen, daß, mit Ausnahme der ganz großen Torpedojäger, alle anderen bisher verwendeten Unterseebootsverfolger gegen die neuen vervollkommenen Tauchboote zwecklos geworden sind. Die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote im Weißen Meer, im Mittelmeer und im Nordatlantik an der amerikanischen Küste verleihe eine bemerkenswerten strategischen Plan, nämlich die Unterbindung des Seeverkehrs der Verbündeten mit den russischen Eismeerhäfen, mit Saloniki und den Ver. Staaten.

England bewaffnet alle Handelsschiffe.

Die englische Admiralität beabsichtigt die Veröffentlichung eines Erlasses, in dem alle Schiffe angewiesen werden, Geschütze so schweren Kalibers an Bord zu nehmen, als dies ihre Bauart zuläßt. Dies soll ausschließlich zu Zwecken der Verteidigung geschehen. Der Erlass weist die Kapitäne aller Kaufschiffe, Passagier- und Transportschiffe an, für ausgebildete Geschützmannschaften zu sorgen, um auf den Schiffen für den Fall eines Angriffs bis zum äußersten zu kämpfen. — Der Erlass entspricht ganz dem völkerrechtswidrigen Gebahren der englischen Admiralität.

Riesenverluste der Italiener.

Nach Schweizer Blättern haben die Italiener bei ihrer jüngsten Offensive auf dem Karst ungewöhnlich große Mißfolge erlitten. Italienische Kriegsberichterichter haben in ihren Schilderungen übereinstimmend die todesmutige Verteidigung der Österreicher hervor, durch deren genaues Feuer die tapfer angreifenden italienischen Truppen oft niedergebunden und zur Umkehr gezwungen wurden. Aus Andeutungen in der italienischen Presse geht hervor, daß etwa 14 Infanterieregimenter mehr als die Hälfte ihres Bestandes verloren und von der Front einstweilen zurückgezogen wurden.

Rumänien in Bedrängnis.

Der Berner Militärkritiker Oberst Egli sagt über die Lage auf dem Balkan: „Rumäniens Krieg hatte von Anfang an wenig Aussicht auf Erfolg, und es wäre Pflicht der verantwortlichen rumänischen Generale gewesen, vor Kriegsausbruch die Wahrheit über die Lage des Landes und der Armee zu sagen. Die Armee Sarraills kann keinesfalls irgend einen Einfluß auf die Ereignisse in Siebenbürgen oder in der Dobrußa ausüben. Es ist ausichtslos, daß dies Sarraill möglich sein könnte, bevor die Zentralmächte dort eine volle Entscheidung herbeigeführt haben. Auf dem russischen Schauplatz ist die Lage derart, daß die Verbündeten mit den Rumänen umgehindert abrechnen können. Angesichts der Kampfpause auf dem russischen

Schauplatz in einem Augenblick, wo sich die Rumänen in höchster Not befinden, muß man fragen, ob die Russen noch genügende Verstärkungen einlegen können, um die Kriegslage Rumäniens und die Lage auf dem Balkan überhaupt zu verändern.“

Der Kampf um Monastir.

Die „Frk. Ztg.“ veröffentlicht eine Meldung aus Sofia, in der es u. a. heißt: „Die Offensive Sarraills gegen den rechten bulgarischen Flügel ist vollkommen lahmgelegt. Der Gegner kann keinerlei Vorteile mehr erringen. Der Kampf am Cernafluß war lebhaft. Ein weiteres Vordringen ist für die Viererbandstruppen unmöglich, solange der Fluß selbst nicht in ihren Händen ist. Trotz ungeheurer Opfer bleibt der Gegner stets an gleicher Stelle. Die Hoffnung des Viererbundes, bald in Monastir siegreich einzuziehen, kann als aussichtslos betrachtet werden.“

Sicherung des Kartoffelbedarfs.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Schätzung über den Umfang der Herbstkartoffelernte haben das Kriegsernährungsamt veranlassen müssen, tief einschneidende Maßnahmen zu treffen, die auch für den Fall, daß der Ertrag sich endgültig als sehr gering erweisen sollte, die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln unter allen Umständen gewährleisten.

Es ist daher auf Vorschlag des Kriegsernährungsamts durch den Herrn Reichskanzler angeordnet worden, daß die Verbrauchsregelung in allen Kommunalverbänden nach dem Grundsatz zu erfolgen hat, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als 1 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Im einzelnen hat die Verbrauchsregelung weiter dahingehend zu erfolgen, daß der Kartoffelerzeuger auf den Tag und Kopf bis 1 1/2 Pfund Kartoffeln seiner Ernte für sich und für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden darf, während im übrigen der Tagesbedarf auf höchstens 1 Pfund Kartoffeln mit der Maßgabe festzusetzen ist, daß der Schwerarbeiter eine tägliche Zulage bis 1 Pfund Kartoffeln, insgesamt also bis 2 Pfund Kartoffeln, erhält.

Ferner ist das Verfügen von Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Erzeugnissen der Kartoffelroderei ausnahmslos verboten worden, jedoch dürfen Kartoffeln, die als Speisekartoffeln oder als Fabrikkartoffeln nicht verwendbar sind, künftig an Schweine und an Federvieh verfüttert werden. Verboden ist das Einführen von Kartoffeln und das Vergällen und Vermischen der an der Trodenkartoffelverwertungsgesellschaft abzuliefernden Mengen. Um die rechtzeitige Wintererntebedeckung mit Kartoffeln zu gewährleisten, ist ferner der Handel und der Verkehr mit Saatkartoffeln bis auf weiteres untersagt.

Es darf nicht verkannt werden, daß diese Vorschriften für manche nicht schwer arbeitenden Verbraucher eine Einschränkung seiner Ernährung bedeuten, daß vornehmlich aber durch die neuen Vorschriften der Landwirt betroffen wird. Es ist aber unbedingt erforderlich, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen und lediglich Vorkehrungen zu treffen, die das Durchhalten mit Kartoffeln bis zur neuen Frühkartoffelernte unter allen Umständen sichern.

Das genaue Ergebnis der Herbstkartoffelernte kann erst durch eine Bestandsaufnahme ermittelt werden. Ergibt diese ein besseres Resultat, als jetzt vorläufigerweise angenommen werden muß, so werden die jetzigen Vorschriften gemildert werden können. Bis dahin aber müssen die geschützten Anordnungen in Kraft bleiben, denn nur durch sie allein wird die Gewähr geboten, daß auch unter den schwierigsten Ernteverhältnissen genügende Mengen Speisekartoffeln vorhanden sind und daß diese Mengen derart verbraucht werden, wie es die Interessen des deutschen Volkes und die Interessen der Heeresverwaltung gebieterisch fordern.

Durch die vom Reichstag mit allgemeiner Zustimmung angenommene Erklärung des

Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist angelegt, daß trotz der stellenweise recht ungünstigen Ernte nachträgliche Erhöhungen der festgesetzten Kartoffelpreise unter keinen Umständen stattfinden werden. Damit ist auch die Frage endgültig erledigt, die im verflochtenen Wirtschaftsjahre als Folge der damals nachträglich eingetretenen Preisverhöhung lebhaft erörtert wurde, ob nämlich aus denjenigen Landwirten die frühzeitig zu billigeren Preisen gelieferten Kartoffeln die Preise erhöht werden sollten. Dieser an sich begründete Wunsch hat damals nicht erfüllt werden können, was die Mißstimmung gegen die nachträgliche Preisverhöhung noch wesentlich verschärft hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Bei der Landtagswahl im Bezirk Heidenheim (Württemberg) wurde der Kandidat der offiziellen Sozialdemokratie, Schreinermeister Benz mit 1230 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat der radikalen Sozialdemokratie, Redakteur Gröppel erhielt 179 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien hatten von der Wahlstellung eine Kandidatur abgesehen. Von 9000 Wahlberechtigten haben nur 1400 abgestimmt. Der Wahlkreis war seither sozialdemokratischer Besitz.

Italien.

* Ein außerordentlicher Gesandter des Mikado ist in besonderer Mission beim Papste in Rom eingetroffen.

Schweden.

* Der seit einigen Tagen unterbrochene Handelsverkehr mit England ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Man schließt daraus, daß die Spannung zwischen den Kabinetten sich vermindert hat.

Portugal.

* Nun tritt auch die portugiesische Regierung in den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland ein. Nach einem Verbot vom 1. November an keine Zinsänderungen oder Wertpapiere amortisiert, wenn nicht unter schriftlich erklärter ist, daß sie gegenwärtig unter Staatsangehörigen Deutschlands oder eines ihm verbündeten Landes gehören.

Griechenland.

* Der Viererband fährt fort die griechische Regierung und den König, der nach wie vor standhaft ist, zu drangalieren. Neuerdings sind absichtlichen die Viererbandsgesandten dem König zur Aufgabe der Neutralität zu bewegen, um sein Land vom Druck des Viererbundes zu befreien. — Die Mächte Englands und Frankreichs behaupten, die Auslieferung der griechischen Flotte sei deshalb verweigert worden, weil der Viererband keine Nachrichten erhalten hatte, daß der König die Absicht hatte, die Flotte nach dem Dardanelles zu senden und sie dort mit der deutschen Flotte vereinigen zu lassen. Die Mächte gegen den König dauert also noch immer mit ungeschwächten Kräften fort. Wie wohl alles, sei es auch noch so lächerlich und unmöglich, dazu herangezogen wird, beweist die vorstehende Meldung.

Amerika.

* Wie Washingtoner Blätter melden, werden durchgreifende Änderungen in der Behandlung der Post auf neutralen Schiffen in Aussicht gestellt als Erwiderung der englischen und der französischen Regierung auf den amerikanischen Protest gegen die Eingriffe in die Post. Die Änderungen bedeuten zwar noch keine Aufgabe des Anspruchs auf das Recht der Durchsuchung der Post nach für den Feind wertvollem Material, sie werden aber von den Verbündeten als genügend betrachtet, den Wünschen der Ver. Staaten zu begeben.

* Der Newyork Herald berichtet, daß die deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ und „Prinz Eitel Friedrich“ am 29. September aus Norfolk in Virginia nach Philadelphia unter Begleitung amerikanischer Kriegsschiffe übergeführt worden sind.

Ich will.

131 Roman von S. Courths-Mahler.
(Fortsetzung)

Daraufhin war die Gräfin Frankenstein etwas deutlicher geworden und hatte sehr bebauert, daß Renate durch Ursula so sehr in Anspruch genommen sei, daß sie niemand ungestört mit ihr sprechen könne. Das hatte Tantechen nun endlich begriffen. Um ihrer vornehmen Freundin gefällig zu sein, sprach sie dann ein offenes Wort mit Renate. Diese umfaßte die Tante liebevoll, als sie ihr Herz erleichtert hatte, und antwortete ihr lächelnd:

„Ich weiß, Tantechen, es wäre dir der Jubel allzu glückselig, wenn ich dich Frankenstein's Frau würde. Aber daraus wird nie etwas — damit mußt du dich abfinden. Ursula bleibt auf meinen ausdrücklichen Wunsch immer bei mir, wenn der Graf anwesend ist. Ich will ihn an einer Aussprache hindern, demselben wegen. Ich möchte ihm einen Korb geben und dann würdest du sehr schnell deine gräßliche Freundin verlieren.“

„Ach, mein Gott, Renate — ich dachte mir das so schön. Denke doch nur, du eine Gräfin — eine richtige Gräfin, die vielleicht gar bei Hofe vorgeführt würde. Das hast du dir wohl noch nicht überlegt. Oder stößt du dich an dem kleinen Zungenfehler des Grafen? Dann könntest du vielleicht seinen Bruder heiraten. Ich glaube, ein Wink von dir genügt.“

Renate schüttelte heftig den Kopf.

„Nein, nein, Tantechen, ich stoße mich nicht

nur an Graf Dolfs Zungenfehler, sondern an der ganzen gräßlichen Familie.“

„Aber ich bitte dich, die Gräfin ist doch eine so liebe, reizende Dame.“

„Ich will dir diesen guten Glauben gewiß nicht nehmen, liebe gute Tante. Jedenfalls bitte ich dich aber, dich darein zu finden, daß ich niemals Gräfin Frankenstein werde.“

Tante Josephine war nach diesem Gespräch sehr niedergeschlagen. Sie begegnete seither der Gräfin in sehr gedrückter Stimmung und hätte sie am liebsten um Verzeihung gebeten, daß ihre Nichte die Ehre nicht zu schätzen wußte, die ihr erwiesen werden sollte.

Renate war wahrhaft nicht in einer beneidenswerten Stimmung. Sie war mit sich selbst und anderen nicht zufrieden. Und dabei lebte sie immer in einer geheimen Spannung. Seit ihr Heinz Leßkingen sein „Ich will“ ins Ohr gestürzt hatte, war ihr zumute, als müßte nun etwas Besonderes geschehen.

Statt dessen hatte sich Leßkingen noch nicht wieder in der Waldburg sehen lassen. Sie wußte nicht, wie sie sich das deuten sollte, und wurde von einer rastlosen Unruhe umhergetrieben.

Am Tage nach der Unterredung mit Tante Josephine sah sie mit dieser und Ursula in ihrem kleinen Salon und besprach mit ihnen Weihnachtsvorbereitungen. Die Damen merkten nicht, daß draußen ein Wagen vorfuhr.

Die dem Wagen entstieg Baron Leßkingen in einem tadellos schwarzen Gesellschaftsanzug. Er ließ sich dem Kommerzienrat melden und besah dem Diener, die Damen von seiner Ankunft

nicht eher zu unterrichten, als bis er ihn dazu beauftragte. Hochstetien empfing Leßkingen in seinem Arbeitszimmer, in der Meinung, daß ihn dieser geschäftlich sprechen wolle. Aber schon bei seinem Anblick, an der feierlichen Kleidung und Haltung, merkte er, daß etwas Besonderes vorliegen mußte.

Die beiden Herren hatten dann eine ernste und lange Unterredung. Leßkingen sah dabei etwas bleich aus, aber in seinem Gesicht zuckte keine Muskel, und in den Augen lag der harte, stählerne Glanz, der einen unbeugbaren Willen verriet.

Hochstetien's Gesicht klarte sich dagegen mehr und mehr auf, wie in einer großen innerlichen Freude.

Als sie zu Ende waren, schüttelten sich die beiden Männer mit festem Blick die Hände.

„Ich vertraue Ihnen voll und ganz, lieber Baron. Mag das, was Sie mir sagten, auch etwas absonderlich erscheinen, ich kenne Sie genug, um zu wissen, daß ich mich ganz auf Sie verlassen kann. Ich habe selbst schon meine Beobachtungen gemacht, und diese bedeu sich mit Ihren Worten. Seien Sie versichert, wenn Ihr Plan gelingt, wird niemand glücklicher sein als ich. Wie Sie ihn ausführen wollen, überlasse ich Ihnen, ohne zu fragen. Sie werden mein Vertrauen nicht mißbrauchen“, sagte Hochstetien warm.

„Darauf mein Ehrenwort, Herr Kommerzienrat“, erwiderte Leßkingen bewegt.

Sie sahen sich noch einmal tief in die Augen. Dann richtete sich Hochstetien mit einem tiefen Atemzug empor.

„Und nun, — was soll nun zunächst geschehen?“

„Ich bitte Sie, Ihr Fräulein Tochter sofort hierher rufen zu lassen — ohne etwas von meinem Hiersein zu erwähnen. Und dann bitte ich Sie, mich mit ihr allein zu lassen, bis ich Sie rufe. Es wäre mir lieb, wenn Sie im Nebenzimmer darauf warten wollten.“

Statt aller Antwort klangelte Hochstetien und gab dem Diener die gewünschte Weisung. Kurz Zeit darauf druckte er ein leichtes Schrittnähte. Hochstetien den Kommerzienrat mit einem bittenden Blick ins Nebenzimmer.

Dann wandte er sich mit blassem, erschöpftem Gesicht der Türe zu, durch die Renate eintreten mußte.

Gleich darauf stand sie neben ihm.

Sie zuckte zusammen, als sie Heinz Leßkingen so unerwartet vor sich sah und faste unwillkürlich nach ihrem Herzen.

„Wo ist mein Vater? Er ließ mich hierher rufen“, sagte sie tonlos.

Leßkingen trat dicht vor sie hin. In seinen Augen lag wieder der zwingende Ausdruck, der stets ihren Willen lähmte. Schnell, mit festem Druck faßte er ihre Hand. Dann sagte er ruhig:

„Ich habe soeben deinem Vater gesagt, daß wir uns lieben, Renate, und daß wir uns fürs Leben angehen wollen. Er hat mir deine Hand ausgelagt und wartet im Nebenzimmer, bis wir ihn rufen, damit er unseren Bund segnet. Du bist nun meine Braut.“

Sie starrte ihn an, als sei er wahnsinnig.